

Grün-Alternative Wählergemeinschaft
Vienenburg

Redebeitrag zum Haushalt 2010 in der Sitzung des Rates am 25.02.2010

Herr Vorsitzender, Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

bei der Überlegung, was bei diesem Haushalt anders als in den Vorjahren ist, fällt zunächst auf, dass er im Wesentlichen aus Budgets besteht, für die es die jeweiligen Budget-Verantwortlichen gibt. Was aus den Budgets bezahlt werden darf, ist dann im Prinzip Verwaltungshandeln, denn die Verwaltung ermittelt z.B. bei den Feuerwehren, den Grundschulen oder dem Kindergarten den Bedarf, wobei die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen die einzelnen Posten nachfragen können. Dazu gibt es Kennziffern, die im Moment noch keine Aussagekraft haben, denn es gibt keine Vergleichswerte, ob eine Leistung zu teuer oder angemessen eingekauft wurde.

Außerdem gibt es statt der Ausgaben nun Aufwendungen und die Einnahmen heißen nun Erträge.

Die Aufteilung in Finanzhaushalt und Ergebnishaushalt macht für ein ungeübtes Ratsmitglied den Haushalt nicht unbedingt durchschaubarer.

Und was ist genau so wie in den vergangenen Jahren?

Wir haben kein Geld und verwalten den Mangel. Das strukturelle Defizit wird nicht geringer und die Liste der freiwilligen Leistungen bereitet noch immer Bauchschmerzen, denn die Aufwendungen liegen mit 4,82% genau 1,82% über den von der Finanzaufsicht geforderten 3%. So stellt sich wieder die Frage, ob der vorliegende Entwurf die Gnade der Genehmigungsbehörde findet.

Es ist ja für die Kommunen ausgesprochen hilfreich, dass Dank des Konjunkturpaketes endlich dringend notwendige Maßnahmen in Angriff genommen werden konnten oder demnächst begonnen werden können, aber ob die für dieses Jahr geplanten Investitionen in voller Höhe von rund 600 000,- Euro umgesetzt werden können, steht in den Sternen. Schließlich ist nicht nur der Winterdienst mit seinen Aufwendungen zu verkraften, auch die jetzt zum Vorschein kommenden Straßenschäden schlagen mit Sicherheit ganz erheblich zu Buche. Die Reparaturen werden sicherlich ein Mehrfaches der veranschlagten Summen verschlingen. Damit rächen sich einmal mehr die in der Vergangenheit immer wieder vorgenommenen Kürzungen der Mittel für die Straßenunterhaltung, die zur unzureichenden Instandsetzung von Straßen und Gehwegen führten.

Man reagiert also, weil man reagieren muss und kann nicht die unter Umständen wirtschaftlich vernünftigeren Lösung einer umfassenden Teilsanierung ausführen.

So wird die Stadt auch in Zukunft bei den Reparaturen der Infrastruktur weiter wurschteln müssen und die Segnungen der Doppik, die mit der Wertermittlung und den Abschreibungen dem Verlust des Vermögens entgegen wirken soll, nicht unbedingt Ziel führend nutzen können.

Langfristige Planungen erscheinen sinnlos, denn die Entwicklung der kommunalen Finanzen wird zunehmend unberechenbarer. Zurzeit profitieren wir noch von den mehr als moderaten Zinssätzen, aber sollte die Wirtschaft nur ein wenig anspringen, so werden die Banken nichts Eiligeres zu tun haben, als die Zinssätze herauf zu setzen, um ihre Ergebnisse zu verbessern. Eine Verdoppelung von einem auf zwei Prozent kann dann schon verdammt wehtun und weitere Löcher reißen, denn durch höhere Zinslasten wird sich ebenso das strukturelle Defizit vergrößern wie durch den zu erwartenden Anstieg der Tarifröhne.

Bedenkt man dann noch die Auswirkungen der Steuergeschenke, die der Wunschpartner der CDU in der Bundesregierung durchgesetzt hat, um mit ihrer Klientelpolitik spätrömische Dekadenz zu fördern, so mag man sich gar nicht ausmalen, was in den Kommunen ankommt, wenn die Freien Demokraten auch noch die bereits angekündigten Steuererleichterungen durchboxen. Dann gehen in Vienenburg die Lichter nicht erst um Mitternacht aus.

Für die Kommunen sind weitere Einbrüche bei den Gewerbesteuern zu befürchten und die Finanzzuweisungen fallen vermutlich auch geringer aus, weil ja die Steuereinnahmen sinken.

Zugleich erhöhen sich die Kosten im sozialen Bereich, die die Landkreise wahrscheinlich nur durch eine weitere Erhöhung der Kreisumlage zumindest ansatzweise auszugleichen versuchen. Übrigens habe ich als einziger von den hier im Rat anwesenden Kreistagsabgeordneten der Erhöhung der Kreisumlage nicht zugestimmt.

Was nutzt das Jammern darüber, dass sich Bund und Land immer zuerst bedienen und dann das Land die Landkreise auffordert, sich das Geld von den Städten und Gemeinden zu holen? Ich denke, erst wenn die Gemeinden keine Kassenkredite mehr bekommen und ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können, wird man merken, dass man um eine Finanzreform nicht mehr herum kommt.

Aber ist die kommunale Selbstverwaltung nicht bereits jetzt schon zu einer Farce verkommen, weil die Finanzausstattung der Gemeinden eben nicht mit deren Aufgaben in Einklang zu bringen ist?

In Vienenburg wird nur noch zu Ausschusssitzungen geladen, wenn die Verwaltung das Votum des Rates braucht. Vom Beraten haben wir uns inzwischen schon ein ganzes Stück entfernt. Zum einen könnten ja Klagen über bestimmte Mängel geäußert und somit Begehrlichkeiten geweckt werden, zum

anderen binden Sitzungen die Mitarbeiter des Rathauses. Schließlich kann die Verwaltung die Mängellisten selbst abarbeiten. Vielleicht lässt sich aber ein wenig mehr Transparenz erreichen, wenn man das beim Landkreis inzwischen übliche Verfahren übernimmt: Dort tagen ab Mitte November die Fachausschüsse und beraten in ihren Sitzungen die entsprechenden Teilbudgets der jeweiligen Fachbereiche. Das wäre sicherlich bei der erstmaligen Vorlage des doppelten Haushalts für alle Beteiligten eine Überforderung gewesen, aber für die Zukunft bestimmt hilfreich.

In diesem Zusammenhang kommt dann allerdings die Frage auf, wie man einem potentiellen Kandidaten für ein Mandat im Rat der Stadt die Mitarbeit in einer Partei oder Wählergemeinschaft schmackhaft machen kann, wenn sein Einsatz als Ratsmitglied nicht im Wesentlichen aus dem Abnicken der zweifellos sehr professionell erstellten Vorlagen bestehen soll. Die meisten von mir angesprochenen Personen waren jedenfalls der Meinung, dass gerade die Finanzen einer Kommune nur schwer zu durchschauen sind und sie sich daher durch Anträge auch nur geringfügig beeinflussen lassen. In Vereinen oder Verbänden oder bei überschaubaren Projekten lässt sich daher erheblich mehr Wirkung entfalten.

Bei der geplanten Begehung mit dem Bauausschuss zur Aufnahme der Winterschäden kann man aber Kommunalpolitik hautnah erleben. So ist es auch sinnvoll, die Ortsräte bei diesen Begehungen mit einzubeziehen. Wäre es nicht eine Möglichkeit, den Kernstadtausschuss in diesem Zusammenhang zu reanimieren. Nach der Verabschiedung des Haushalts soll ja zeitnah überlegt werden, wie der Kernstadtausschuss als Vorläufer eines Ortsrates für die Kernstadt sinnvoll in die kommunale Arbeit einbezogen werden kann. Da wäre es doch ein Anfang, zunächst einmal das Vermögen der Stadt in Augenschein zu nehmen.

Wenn wir heute den Haushalt durchwinken, so sollten wir uns aber darüber im Klaren sein, dass die Prognosen über die jährliche kontinuierliche Zunahme der Erträge aus der Gewerbesteuer auf bis zu 1.434.000,- im Jahre 2013, also um fast 300.000,- Euro in drei Jahren, vielleicht doch etwas zu optimistisch ist. Auch die Steigerung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer im gleichen Zeitraum um 450.000 Euro wäre schön, aber ist das realistisch? Geben die Orientierungsdatenerlasse diese Zahlen tatsächlich her?

Abschließend möchte ich Frau Jahns und den anderen, die an diesem Werk mitgearbeitet haben, unseren Dank und große Anerkennung aussprechen, denn die Umstellung auf die Doppik ist ein ungeheurer Kraftakt gewesen. Und das Unternehmen ist ja noch nicht abgeschlossen. Vielleicht profitiert die Stadt langfristig davon. Unser Optimismus hält sich allerdings in Grenzen.

